



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Roeder, Fritz: Die Bedeutung der deutschen Heeresverstärkung

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Die Bedeutung der deutschen Heeresverstärkung

Von Hauptmann Dr. Fritz Roeder-Berlin

Als im Frühling 1911 ein neues Quinquennat vom Reichstage beschlossen wurde, ward in den Kreisen des Volkes, die ein schlagfertiges Heer als sicherste Bürgschaft des Friedens und als stärksten Faktor der Machtstellung des Reiches ansehen, manch unzufriedenes Wort laut. Man schalt über die Zurückhaltung, die seitens der leitenden Stellen des Heeres geübt worden war. Man wies auf die Anstrengungen Frankreichs hin, das seine Volkskraft bis aufs äußerste in Anspruch nimmt, während in Deutschland im Jahre 1910 noch sechsundachtzigtausend Taugliche von der Ableistung der gesetzlichen Dienstpflicht im Frieden befreit blieben. Frankreich stellt 84 Prozent seiner waffenfähigen Jugend ins Heer ein, Deutschland begnügte sich auch bei dem Quinquennat von 1911 mit 53 Prozent. Und ebenso vermochte man auch vielfach Lücken in der Organisation des Heeres nachzuweisen; von der Überalterung des Offizierkorps, namentlich bei der Infanterie, ganz zu schweigen.

Die Heeresverwaltung war dem gegenüber nicht blind gewesen. Wenn sie trotzdem nur die dringlichsten Forderungen stellte, so war dafür einerseits die politische Lage, anderseits die Rücksicht auf den Stand unserer Reichsfinanzen maßgebend. Diese hatten seit der mühsam errungenen Reform von 1909 eben begonnen, sich etwas günstiger zu gestalten, d. h. man hatte endlich damit anfangen können, die bestehenden Schulden zu tilgen. Staatliche Schuldentilgung ist auch ein Stück Kriegsfürsorge, sogar ein sehr bedeutsames. Um neue Einnahmequellen zur Deckung erheblicher Heeresausgaben zu gewinnen, hätte man sich auf hartnäckige parlamentarische Kämpfe gefaßt machen müssen, deren Ausgang mit Recht pessimistisch zu beurteilen war. Denn die internationale Lage war 1909 keineswegs so gespannt und drohend, daß kostspielige Forderungen zur Ergänzung und Füllung der bestehenden Lücken im Heeresorganismus

Aussicht auf Bewilligung gehabt hätten. Lebensfragen der Armee waren nicht bedroht. So übte sich der Kriegsminister in Zurückhaltung.

Wenige Monate später nötigten Frankreichs Übergriffe in Marokko und sein konsequentes provokatorisches Ignorieren der deutschen Rechtsansprüche die deutsche Reichsregierung zu der Aktion von Agadir. Östlich und westlich der Vogesen gerieten die Gemüter wieder einmal stärker in Wallung. England mischte sich in das Spiel; ward abgewiesen. Und nun züngelte auch über den Kanal heftiger als je langgehegter Groll von hüben und drüben. Es gab Tage, da konnte man glauben, daß es nur an einem Haare hing, ob sich die dräuende Wetterwolke in einem Kriege entladen oder noch einmal verziehen werde. Klugheit und Festigkeit des deutschen Staatsmannes, in dessen Händen damals die politischen Fäden zusammenliefen, wahrten den Frieden zugleich mit dem Ansehen des Reiches. Aber in jenen stürmischen Wochen des Sommers 1911 erwuchs die Erkenntnis, daß der politische Optimismus, unter dem das Quinquennat zustande kommen konnte, ein Irrtum war. Höhnend glaubte man in Frankreich schon mit einem Niedergang der deutschen Wehrhaftigkeit rechnen zu können. Zügellos entbrannten unsere Nachbarn im Westen in leidenschaftlichen Rufen nach Revanche. Hals über Kopf schuf man den fehlenden Generalissimus (um ihn freilich alsbald wieder abzuschaffen) und durch das weitgreifende Kadergesetz sollte die organisatorische Kriegsvorbereitung Frankreichs eine gewaltige Überlegenheit über die deutsche erhalten.

Die Antwort Deutschlands war die Wehrvorlage, die der Reichstag jüngst genehmigt hat. Die dadurch herbeigeführte Heeresverstärkung ist die umfangreichste seit Bestehen des Reiches, die mit einem Schlage erfolgt. Und keine ist bisher mit solcher Würde und Einmütigkeit vom Vertretungskörper des deutschen Volkes beraten und beschlossen worden. Die Epoche des Marokkostreites schloß bei uns Deutschen mit einem gewaltigen harmonischen Akkord.

Die militärische Bedeutung der Heeresverstärkung ist gleichfalls hoch anzuschlagen, wenn auch nicht alle Wünsche Erfüllung fanden und auch ein Teil der Regierungsvorschläge leider Verstümmelung erfuhr. Zu den unerfüllten Wünschen zählt vor allem, daß künftig auch die überschießenden, gegenwärtig nicht verwendeten wehrfähigen Wehrpflichtigen, deren Zahl 70 000 Mann überschreitet, im Frieden ausgebildet werden, die jetzt der Ersatzreserve überwiesen sind und als solche erst im Mobilmachungsfall als Rekruten eingezogen werden, während ältere Jahrgänge — Reservisten und Landwehrleute — sofort ins Feld müssen. Die Bedeutung dieses Umstandes liegt allerdings mehr auf volkswirtschaftlichem als auf militärischem Gebiete. Denn um diese Überschüssigen unterzubringen, müßte entweder der Friedensstand der vorhandenen Einheiten erhöht oder deren Zahl vermehrt werden. Ersteres könnte nur in beschränktem Maße geschehen, denn sonst würde die Gründlichkeit der Ausbildung, namentlich aber die Erziehung der Mannschaften, gefährdet.

Eine Friedensausbildung der Ersatzreservisten hat in Deutschland früher bereits stattgefunden, wurde aber abgeschafft. In Österreich-Ungarn besteht die

Einrichtung auch heute noch. Die Befürworter ihrer Wiedereinführung im deutschen Heere gehen von der an sich zutreffenden Ansicht aus, es bedeute einen erheblichen militärischen Vorteil, wenn die Ersatzreservisten eine, wenn auch stark abgekürzte Ausbildungszeit im Frieden durchgemacht hätten und demnach im Mobilmachungsfalle sofort in mobile Truppenteile eingestellt werden könnten, zum mindesten aber bereits nach kurzer Frist volle Kriegsfertigkeit zu gewinnen vermöchten. Demgegenüber sind aber zwei gewichtige Bedenken ins Treffen zu führen: einmal die Frage des Ausbildungspersonals, sodann die Annäherung an das Milizsystem, die meines Erachtens durch die „Krümperausbildung“ der Ersatzreserve stattfindet.

Was die Frage des Ausbildungspersonals betrifft, so besteht wohl kein Zweifel, daß bei den heutigen Anforderungen eine nennenswerte Heranziehung von Offizieren und Unteroffizieren der bestehenden Einheiten zu jenem Sonderzweck unmöglich stattfinden kann: Das militärische Arbeitsjahr unterscheidet sich heute in seinen verschiedenen Jahreszeiten nur durch die Art der Inanspruchnahme aller Ausbildungsorgane, nicht mehr aber durch deren Umfang — es gibt keinen „Winterschlaf“ mehr und auch keine „Sommerruhe“. Selbst während des Ernteurlaubs wird mit den nicht beurlaubten Mannschaften rastlos geübt. Außerdem bedingen ohnehin die Übungen des Beurlaubtenstandes — die künftig in stärkerem Umfange stattfinden werden, was an sich sehr zu begrüßen ist — eine besondere Inanspruchnahme der Offiziere und Unteroffiziere. Eine Erholungspause in der laufenden Heeresarbeit sind diese Übungen für niemanden. Die Übungen der Ersatzreserve würden besondere Ausbildungsorgane notwendig machen, und zwar vor allem Unterorgane, Leutnants und Unteroffiziere. Für die Leitung stehen ja in den Stabsoffizieren und Hauptleuten bei den Stäben genügend Organe zur Verfügung. Wie für sie, so würde auch für jene Unterorgane hinreichende Beschäftigungsmöglichkeit gegeben sein, auch außerhalb der Übungstermine. Aber man würde durch Schaffung neuer Leutnants- und Unteroffiziersstellen neue Schwierigkeiten hinsichtlich der künftigen Verwertung des hier investierten Menschenmaterials schaffen: Menschenwirtschaft ist nicht die geringfügigste Seite der Heereswirtschaft. Wie aber soll man das Auslesematerial, das namentlich die Offiziere darstellen, wirtschaftlich verwenden, wenn schon bei den jetzigen Standesverhältnissen etwa 90 Prozent vorzeitig ausscheiden müssen und nicht genügend für den Staatszweck ausgenutzt werden können? Solange wir nicht zu einer anderen Organisation des Offizierkorps in der einen oder anderen Form gelangen, die dem jetzigen Raubbau an dem wertvollsten Teil unseres Volksganzen, nämlich an den nach Herkunft und Bildung zur Führerschaft Berufenen, ein Ende und den Offizierberuf wieder für die große Mehrzahl zu dem macht, was er heute nur für eine glückbesonnene Minderheit ist: einem Lebensberuf — solange können wir uns den Luxus nicht leisten, Ausbildungsladern der unteren Grade für Krümperausbildung aufzustellen.

Die vorgeschlagene Ausbildung der Ersatzreservisten im Frieden ist tatsächlich nichts anderes als eine Wiederbelebung der vor hundert Jahren von Scharnhorst ins

Leben gerufenen Einrichtung der „Krümpen“. Nur darf man nicht übersehen, daß das Urbild der allgemeinen Wehrpflicht bei Scharnhorst von dem, was wir heute darunter verstehen, in mehr als einer Hinsicht abwich. Was Scharnhorst wollte, ist eigentlich nichts anderes als eine Miliz, wie sie die Schweiz heute besitzt — und wie wir sie nicht wollen. Wenigstens in absehbarer Zeit nicht, weil die Aufgaben kriegerischer Natur, die das deutsche Volk in dieser und wohl auch noch mindestens in der nächsten Generation zu lösen haben wird, nur mit einem für scharfe Offensive geschulten, jeden Tag schlagfertigen und kriegsbereiten Heere zu lösen sind. Daß die politische Atmosphäre des europäischen Kulturkreises sich fortdauernd in einer elektrischen Hochspannung befindet, dürfte nach den Ereignissen der letzten Jahre und insbesondere nach jenen seit dem vorigen Sommer doch kaum mehr ernstlich bestreitbar sein. Wie stark die chauvinistische Strömung seit Jahresfrist in Frankreich gewachsen ist — vielleicht mit infolge unserer Zurückhaltung beim letzten Quinquennatsgesetz — kann man sogar aus sozialdemokratischen Zeitungen ersehen. Chauvinismus und Volksströmungen in anderen Ländern können aber einmal plötzlich zur Entladung jener Hochspannung führen. Und dann müssen wir über ein starkes, sofort schlagberechtigtes, unseren Gegnern an Zahl und Güte überlegenes Heer verfügen. Denn so notwendig uns eine starke Flotte ist: das Schwerkriegsgewicht unserer Rüstungen beruht im Landheere. Die letzten und wichtigsten Entscheidungen in einem künftigen Kriege werden auf dem Schlachtfelde, nicht auf der See geschlagen werden.

Weil wir ein schlagfertiges Heer brauchen und weil ein solches nur möglich ist, wenn hinreichend Zeit auf Ausbildung und Erziehung verwendet werden kann, darf in absehbarer Zeit auch nicht an eine Herabsetzung der Dienstzeit gedacht werden. Im Gegenteil wird zu erwägen sein, wie sich ein Ausgleich treffen lassen könnte zwischen den unerläßlichen Anforderungen der Gegenwart und der Vorzugsstellung der Einjährigfreiwilligen. Es wird hierauf in anderem Zusammenhange näher zurückzukommen sein. Gelegentlich der zweiten Lesung der Heeresvorlage kam auch der preußische Kriegsminister auf die Frage einer Herabsetzung unserer Friedenspräsenzstärke zu sprechen, veranlaßt durch verschiedene, eine Verkürzung der Dienstzeit beantragende Resolutionen. Er erklärte eine Verminderung der Präsenzstärke wie der Dienstzeit für unmöglich, solange die politischen Verhältnisse Deutschlands sich nicht ändern. Dem ist durchaus zuzustimmen; hingegen erweckt die daran anknüpfende Betrachtung Bedenken. „Gehen wir aber zu einer geringeren Dienstzeit über, so vervielfältigen Sie die jährlich einzustellenden Rekrutenquoten. Abgesehen davon, daß wir die Zahl der Rekruten zurzeit nicht haben, so würden auch die volkswirtschaftlichen Vorteile, die von einer Verkürzung der Dienstzeit erhofft werden, in diesem Umfange nicht eintreten. Denn ob wir hunderttausend Leute zwei Jahre dienen lassen oder zweihunderttausend ein Jahr, kommt schließlich auf dasselbe hinaus.“ Diesem letzten Satze muß doch wohl ein Fragezeichen angefügt werden. Der

Staatsaufwand bleibt in beiden Fällen allerdings der gleiche und demgemäß auch die Inanspruchnahme des Volksvermögens zu seiner Befriedigung. Während aber im ersten Falle hunderttausend junge Männer zwei Jahre ihrer Erwerbstätigkeit entzogen und anderseits durch die Schule des militärischen Dienstes für künftige volkswirtschaftliche Leistung ertüchtigt werden, bleiben andere hunderttausend im ungestörten Broterwerb und werden der Schulung nicht teilhaftig, die ihnen für das Volksganze einen höheren nationalökonomischen Wert verleiht. Im zweiten Falle hingegen finden alle Wehrfähigen gleichmäßig Erwerbsmöglichkeit und Ertüchtigung; die zweihunderttausend werden gleichmäßig belastet und gleichmäßig gefördert. Je mehr wir uns diesem gerechten Ausgleiche nähern, desto mehr erreichen wir, was heute fehlt: eine wirkliche Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht. Damit kommt man allerdings wieder zunächst auf die Forderung, wenigstens die Ersatzreserve zu Übungen heranzuziehen. Wenn die Frage der Zukunftsaussichten der hierzu nötigen Leutnants und Unteroffiziere — bei diesen ist zu berücksichtigen, daß heute schon erhebliche Schwierigkeiten für Unterbringung der Militärانwärter bestehen — gelöst werden kann, dürfte auch die Heeresverwaltung kaum mehr ernstlich widerstreben.

Eine Verstümmelung erfuhr die Heeresvorlage leider gerade in dem Punkt, den der preußische Kriegsminister als den wesentlichsten der ganzen Vorlage bezeichnet hatte: bei den neuen Offizierstellen. Es wurden mehrere Landwehrinspektoren und die Oberstleutnants bei den Stäben der „kleinen“ Infanterieregimenter gestrichen. Warum, ist eigentlich nicht zu ersehen, auch aus den Berichten über die Verhandlungen der Budgetkommission nicht zu entnehmen. Besonders die Beschränkung der Zahl der Landwehrinspektoren ist sehr zu bedauern. Einmal wegen der hierdurch vereitelten Entlastung der Brigadekommandeure vom Kontroll- und Aushebungsgeschäft; sodann im Hinblick auf die neuerdings verursachte Enttäuschung bezüglich besserer Gestaltung der Beförderungsverhältnisse. Für die unteren und mittleren Grade ergibt sich ja infolge der neuen Raderstellen bei den Stäben der Regimenter eine momentane Beschleunigung des Vorrückens — aber nur für die vorne stehenden. In Preußen kommt die Heeresverstärkung bei der Infanterie etwa 150 Hauptleuten und 360 Oberleutnants, bei der Feldartillerie etwa 50 Hauptleuten und 120 Oberleutnants zugute. Eine dauernde Besserung kann nicht eintreten, da der Abfluß in höhere Stellen fehlt. Die von mir wiederholt betonte Verstärkung des Oberbaues hat nun leider infolge der Ablehnung zahlreicher Stellen von Landwehrinspektoren nur recht bescheiden erfolgen können. Hier wird wohl bei der nächsten Vorlage ein besonderer Nachdruck erfolgen müssen. Überhaupt ist die Verjüngung des Offizierkorps in den mittleren Graden — Hauptleute und Majore — dringend notwendig. Es wird dies einerseits dazu beitragen, daß auch die lange Leutnantszeit gekürzt wird, anderseits daß die Stellung des Regimentskommandeurs früher erreicht werden kann.

Nicht minder wichtig als die militärische ist die politische Bedeutung der Heeresverstärkung. Für unsere innere Politik läßt die Einmütigkeit, mit der

die bürgerlichen Parteien von der liberalen Linken bis zur äußersten Rechten das als notwendig Anerkannte glatt und ohne lange Debatten bewilligten, hoffen, Bassermann möge recht behalten mit seiner Erwartung, „daß die Zeit der Kämpfe über solche Fragen in diesen Parteien der Vergangenheit angehört“. Nur die Sozialdemokraten, die Polen und die Elsäßer stimmten gegen die Bewilligung der Heeresverstärkung — vom Zentrum allein der bayerische Generalmajor z. D. Kaspar Häusler. Welchen Eindruck die Enbloc-Aannahme der Beschlüsse der Budgetkommission seitens des Plenums nach kaum zweistündiger Debatte gerade bei diesem „roten“ Reichstage im Auslande machte, läßt sich aus den verschiedenen Presseäußerungen entnehmen. Bei unseren Freunden und Bundesgenossen an der Donau lebhafteste Freude, stellenweise gemischt mit ein bißchen Wehmut ob der eigenen Misere in Sachen der so dringend nötigen und immer wieder verzögerten Heeresverstärkung. Bei unseren gallischen Nachbarn aber galliges Lärmen, der Ruf nach sofortiger reprise — nur fehlt es an den Mitteln, um Deutschlands Schachzug ebenbürtig zu begegnen. Rückkehr zur dreijährigen Dienstzeit, vor allem bei den berittenen Truppen, Bündnis mit England, Abschaffung der Militärmusiken, um die dortigen Leute in die Truppe einstellen zu können, und last not least sofortige Aufstellung von zwei schwarzen Divisionen in Nordafrika: das sind so die Hauptvorschläge, denen man bisher begegnen konnte. Außerdem schlägt der frühere Kriegsminister Messimy angesichts des neuerlichen Rückgangs der Geburtenziffer, die von der Sterbeziffer um ein Erhebliches übertroffen wird, Prämierung zahlreicher Kindererzeugung und Besteuerung von Kinderlosigkeit, Kinderarmut und Ehelosigkeit vor. Praktischen Wert für einen Ausgleich mit der deutschen Heeresverstärkung würde höchstens die Schaffung großer schwarzer Truppenverbände haben — aber in Marokko befindet sich Frankreich derzeit „in Feindesland“ und auch in Algier scheint bei den Eingeborenen eine Sympathie für die allgemeine Wehrpflicht nicht zu bestehen.

Die Verstärkung unseres Heeres bedeutet zugleich eine namhafte Verstärkung unserer internationalen Machtstellung und durch diese gewinnt auch unsere volkswirtschaftliche Entwicklung neuen Impuls und neue Kräftigung. Man hat im Auslande während der Marokkowitzen des vorigen Jahres vielfach bereits mit einer beginnenden Schwächung des Reiches rechnen zu dürfen geglaubt. Man meinte namentlich die finanzielle Kraft Deutschlands sehr gering einschätzen zu dürfen. Ein Volk indessen, das solche Heeresverstärkung ohne jede Reibung glatt zur Tat macht, ist weder schwach noch krank. Das haben unsere Gegner nun wohl erkannt.

